

Moser, Carsten R.

Article — Digitized Version

EG vor schweren Zeiten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Moser, Carsten R. (1973) : EG vor schweren Zeiten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 7, pp. 338-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134559>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Carsten R. Moser

EG vor schweren Zeiten

Seit Anfang März finden in Genf Zollausgleichsverhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren wichtigsten Handelspartnern statt. Ausgangspunkt der Verhandlungen sind die veränderten Zollsätze im Agrar- und Industriebereich Großbritanniens, Dänemarks und Irlands nach ihrem EG-Beitritt. Insbesondere geht es um die höhere durchschnittliche Zollbelastung für

Agrargüter. Während die Europäische Gemeinschaft meint, daß die etwaigen Defizite im Agrarbereich durch die Guthaben auf dem Industriesektor überkompensiert werden, vertreten die USA und andere Länder die These, daß sowohl im Agrar- als auch im Industriebereich ein angemessener Ausgleich gefunden werden muß.

Auch auf der kürzlich in Helsinki stattgefundenen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) stand die Gemeinschaft im Mittelpunkt eines allgemeinen Angriffes der osteuropäischen Staaten gegen das Meistbegünstigungsprinzip im GATT. Nach Meinung der sozialistischen Staaten sollte dieses Prinzip der jüngsten Entwicklung der Welthandelsstruktur angepaßt werden. Besonders kritisiert wurden die zahlreichen Ausnahmen von diesem Prinzip, vor allem im Zusammenhang mit der Assoziierungspolitik der Europäischen Gemeinschaft, die nicht nur die Planwirtschaften, sondern auch die Entwicklungsländer diskriminiere.

Was die Länder der Dritten Welt anbetrifft, so benutzen sie jede Gelegenheit, um die bisherige EG-Handelspolitik anzugreifen. Auf der letzten Konferenz der afrikanischen Staaten in Addis Abeba kam die große Enttäuschung der assoziierten Länder Afrikas über die bisherige Politik Brüssels deutlich zum Ausdruck. Und während früher die nichtassoziierten Länder des Kontinents neidvoll auf die ihrer Meinung nach bevorzugten Assoziierten blickten, sind heute nur wenige Nicht-assoziierte bereit, dem exklusiven EG-Klub beizutreten – obwohl sie aufgrund der EG-Erweiterung nun die Möglichkeit dazu hätten.

Für die Europäische Gemeinschaft scheinen schwierige Zeiten anzubrechen. Geht sie auch gut vorbereitet in die am 12. September in Tokio beginnende weltweite GATT-Runde? Die Einigung der Außenminister Ende Juni auf eine gemeinsame

Marschroute für die kommenden Verhandlungen und der Optimismus des EG-Kommissars für Außenbeziehungen Sir Christopher Soames weisen auf eine abgestimmte Haltung hin. Wird das verabschiedete Konzept aber etwas genauer unter die Lupe genommen, dann muß festgestellt werden, daß die erzielten Kompromisse noch genügend Zündstoff für weitere Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedstaaten vor und während der GATT-Verhandlungen beinhalten.

Zwar befürwortet die Europäische Gemeinschaft z. B. bedeutende Zollsenkungen und eine Harmonisierung der Zollsätze im Handel mit Industriegütern – angesichts des niedrigen Zollniveaus in diesem Bereich ist dieser Vorschlag jedoch keineswegs überwältigend. Wenig konkret sind weiterhin die Vorstellungen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der nichttarifären Handelshemmnisse. Und ganz negativ ist ihre Einstellung zur Kritik anderer Staaten an dem Agrarsystem und der Assoziierungspolitik – auf Drängen der Franzosen wurde beschlossen, weder den einen noch den anderen Bereich Gegenstand der Verhandlungen werden zu lassen.

Da die Handelspartner der Europäer kaum darauf verzichten werden, diese heiklen Themen immer wieder auf den Verhandlungstisch zu bringen, wird die Gemeinschaft wohl oder übel zu ihrer Agrar- und Assoziierungspolitik Stellung nehmen müssen. Ob die acht Partner Frankreichs dann nicht doch umfallen und sich kompromißbereiter zeigen werden als Paris? Diese Möglichkeit kann angesichts der noch bestehenden Gegensätze nicht ausgeräumt werden. Das „Feilschen um Worte“, das nach Ansicht Sir Christopher Soames diese vorbereitenden Verhandlungen gekennzeichnet hat, könnte durchaus bald zu einem „Feilschen um Prinzipien“ zwischen den EG-Partnern während der GATT-Runde ausarten.